

MIT meets KIT

US-Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy spricht in brechend vollem Uni-Streikhörsaal – Von Dietrich Schulze

Ein traumhaftes Bild: MIT meets KIT. Der Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy aus dem Massachusetts Institute of Technology MIT spricht auf Einladung der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe über „Verzicht auf Militärforschung. Herausforderung und Chance“ im Karlsruhe Institute of Technology KIT. Genauer in dem von streikenden Studierenden besetzten Redtenbacher-Hörsaal, brechend voll mit 250 Studentinnen und Studenten und Außenuniversitäten.

Wie in der Webseite www.KITbrennt.de den für bessere Bildung streikenden Studierenden mitgeteilt wurde, hatte das Plenum Ende November beschlossen, den Veranstalter (Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe GSKa mit Beteiligung von USTA, ver.di, GEW und sechs Friedensgruppen) den besetzten Benz-Hörsaal anzubieten. Dafür gab es nicht nur einen inhaltlichen Zusammenhang (Rüstungshaushalt runter, Bildungshaushalt rauf), hatten sich doch die Studierenden im Januar mit großer Mehrheit in einer Urabstimmung für eine einheitliche Zivilklausel, d. h. für den Verzicht auf Militärforschung am gesamten KIT ausgesprochen. Und „Verzicht auf Militärforschung als Herausforderung und Chance“ war das Thema des Referenten. Von großer Bedeutung: In der Uni darf weiter auch militärisch geforscht werden, im Forschungszentrum gilt dessen Zivilklausel, d. h. das Verbot von Militärforschung.

Eine schizophrene Situation, die eindeutig der Militarisation des KIT Vorschub leistet.

Am 26. November hatte der frühere Uni-Rektor und jetzige KIT-Präsident Prof. Hippler den streikenden Studierenden ein Ultimatum bis Montag 30. November früh gestellt, den Benz-Hörsaal (HMU) und den im gleichen Gebäude besetzten Daimler-Hörsaal (HMO) zu räumen. Um dem Nachdruck zu verleihen, erinnerte er an die Uni Tübingen, in der es zu einer polizeilichen Räumung kam. Nach mehrtägigen heißen Debatten beschloss das Plenum in der Nacht von Sonntag auf Montag nach einem fünfstündigen demokratischen Ringen mit über 200 Anwesenden, die Besetzung in dem kleineren Redtenbacher-Hörsaal fortzuführen und damit den großen HMU, der auch für Grundlagenvorlesungen für die Erstsemester gebraucht wird, sowie den HMO freizugeben und die Streikfähigkeit mittels Demonstrationen und Blockaden organisatorisch auszuweiten. Einen sehr weitgehenden Vermittlungsvorschlag der Studierenden hatte Prof. Hippler kurz davor abgelehnt. Die beiden wichtigsten Argumente für die Fortführung des Streiks:

- Es gibt bisher außer allgemeinen Zustimmungserklärungen keinerlei konkrete Ergebnisse zum vorgelegten Forderungskatalog.
- Der Abbruch des Streiks würde die Aufkündigung der Solidarität mit den streikenden Studierenden der anderen

Universitäten bedeuten. Gerade für die elektronische Vernetzung mit anderen Unis haben die Karlsruher Studi-Fachleute sehr viel getan. Am Montagabend, einen Tag vor der Veranstaltung, beschloss das Plenum, das Angebot zu erneuern und den Redtenbacher-Hörsaal zur Verfügung zu stellen.

Veranstalter, Referent und Studierende

Nach der Begrüßung durch Richard Marbach (GSKa) stellte Reiner Braun gleich zu Beginn für die Veranstalter fest, dass es eine Ehre und Auszeichnung sei, dass die streikenden Studierenden diesen Vortrag in den Rahmen ihrer selbst gewählten Vortragsreihe aufgenommen haben. Er erinnerte daran, unter welchen schwierigen Bedingungen sich Subrata Ghoshroy vom Rüstungsforscher zum Friedenswissenschaftler entwickelte, ein Vorbild für alle, die eine von Fremdbestimmung, Geheimhaltung und Unterordnung freie Universität wollen.

Was vom Vortrag zu lernen war

Subrata Ghoshroy machte anhand von Originalquellen und Statistiken in Form einer PowerPoint-Präsentation deutlich, welche enormen Rüstungsausgaben den US-Haushalt belasten und welche dominierenden Einfluss die Militärforschung im MIT und anderen US-Einrichtungen hat. Für militärische Anwendungen der Nano-Technologie gebe es ein eigenes

Institut, das an der Ausrüstung des Kriegers der Zukunft arbeitet. Der Spitzname des MIT sei „Pentagon am Charles“ (Charles ist der Fluss Charles River). Sein Fazit: Obwohl dort exzellente Forschung betrieben werde, könne das MIT kein Vorbild für das KIT sein. Er unterstützte die Forderung der Studierenden und anderer für eine einheitliche KIT-Zivilklausel und wünschte sich in den Staaten eine solche aktive Studierendenbewegung wie hier. Die letzte große Streikbewegung am MIT liege Jahrzehnte zurück. Sie galt dem Protest gegen den Vietnam-Krieg. Noam Chomsky war dabei.

Der Ghoshroy-Vortrag – als pdf mit Übersetzung von Lothar Letsche – auf der Studi-Webseite www.KITbrennt.de Audio-Mitschnitt auf Querfunk-Webseite <http://www.querfunk.de/kit-zivilklausel/20091201-Ghoshroy.mp3>.

Was diskutiert wurde

In der regen, fast einstündigen Diskussion wurden von den Fragenden und vom Referenten anhand verschiedener Aspekte die unterschiedlichen Voraussetzungen in beiden Ländern und die gemeinsame Verantwortung der Studierenden und Lehrenden behandelt. Antikriegspositionen erhielten regelmäßig Beifall. Als ein vom Pentagon stark unterstütztes Forschungsziel unter dem Titel „Führung, Steuerung, Informationsverwaltung & netzzentrierte Kriegführung“ wurde „Kommunikationstechnik

mit hoher Bandbreite“ genannt. Das ist genau jenes Thema „Software Defined Radio“, an dem das Nachrichtentechnische Institut der Universität mit Mitteln des Bundesverteidigungsministeriums forscht. Behandelt wurde in der Diskussion auch die Thematik Grundlagenforschung, Trennbarkeit von zivilen und militärischen Zwecken, dual-use und Mitbestimmung versus Steuerung durch die Großindustrie.

Schlüsse der Studierenden nach der Veranstaltung

Nach dem Vortrag wurde von den streikenden Studentinnen und Studenten der Antrag „Wir fordern Bundes- und Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Urabstimmung der Studierenden im Jahr 2009 auf, im KIT-Gesetz die Zivilklausel für das gesamte KIT zu verankern“ einstimmig beschlossen. Übrigens: Die Universität Tübingen soll aufgrund einer Forderung der streikenden Studierenden ebenfalls eine Zivilklausel bekommen.

Die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ wird ihren Kampf für freie Universitäten fortführen. Eine diesbezügliche Vernetzung ist angedacht.

Mehr Infos und Kontakt über www.statweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Sicherheit für die US-Regierung – Hochsicherheit für die Fünf?

Nach der Reduzierung von Antonios Strafe, während man immer noch nicht weiß, wann er in welches andere Gefängnis überführt wird, zunächst wohl wieder in das Hochsicherheitsgefängnis von Colorado, erwarten wir jetzt die Verhandlung für Ramón und Fernando am 8. Dezember in Miami. Immerhin hatte es Antonios Verhandlung bis in die Schlagzeilen der New York Times und der Washington Post geschafft.

Aber jedes Mal, wenn sich der Fall nicht mehr totschweigen lässt, treten Stardisidenten wie neulich wieder die „Bloggerin“ Yoani Sanchez auf den Plan, um das kubanische System als solches zu diffamieren. US-Journalisten und Kubakenner wie Saul Landau nehmen das dann zwar zum Anlass, mit entsprechenden Artikeln auf diese Medienmanipulation aufmerksam zu machen, sie scheinen aber die wenigsten ihrer Kollegen zu erreichen, erst recht nicht die der deutschen Massenmedien. „Heuchelei, die sich auf höchster Ebene wiederholt – Goebbels nannte es die „große Lüge“ –, sorgt dafür, dass Journalisten erlahmen und sich in reine Stenografen verwandeln, die nicht mehr versuchen, die Unehrlichkeit ... aufzudecken“, schrieb Landau dazu am 19. November in *CounterPunch*.

In einem Interview des Senders, „Espesjos de Aztlan“, sagte er am 6. April 2009: „Ich könnte in Kuba in einem Bus aufstehen oder mich auf einen öffentlichen Platz stellen und sagen, ‚Fidel ... taugt zu nichts‘ dann würde jemand nur mit ‚Schwachkopf!‘ oder so etwas antwor-



ten, „aber wenn ich mich in Miami auf einen belebten Platz stellte und sagte: ‚Lang lebe Fidel ...!‘ wäre ich innerhalb von 30 Sekunden erschossen, erwürgt oder erschlagen.“

Die US-Medienkonzerne im Dienste der US-Außenpolitik möchten die Welt jedoch glauben machen, dass Kuba eine terroristische Diktatur sei und damit, so glauben sie wohl, würden gleichzeitig die Fünf, falls sie dennoch Erwähnung finden, als Verteidiger ihres Systems automatisch diskreditiert.

Diese Strategie wurde z.B. in der CNN-Sendung deutlich, die am 29. August 2007 nach der 3. Anhörung des Falls der Fünf am 20. August ausgestrahlt wurde. Nachdem zuerst Leonard

Weinglass, der Anwalt von Antonio, sprechen durfte, kam ein Vertreter der „US-Sicherheit“ Orlando Gutiérrez, Directorio Democrático Cubano, aus Miami zu Wort, der übrigens auch einer der „Dialogpartner“ unserer Regierungsvertreter auf der ICDC-Konferenz im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin im April 2007 zum „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ gegenüber Kuba war. Dessen Argument lautete: „Diese Männer verteidigen eine 48-jährige Diktatur, die getötet hat und weiter Leute wegen ihres Glaubens tötet.“ (S.: <http://www.miami5.de/informationen/presse-070829.html>) Das heißt, dass die Fünf für ihr System büßen sollen. Es soll hier nicht interessieren, was, sondern wofür sie es getan haben.

Das „Wofür“ schädigt aber die „US-Sicherheit“, die als „unser aller Sicherheit“ auch am Hindukusch verteidigt werden muss. Für die „Sicherheit der Westlichen Hemisphäre“ gibt es das Institut unter Leitung des Pentagons, bis 2001 „School of Americas (SOA)“ genannt, in Fort Benning, Georgia. Diese „Schule“ hat über 64 000 lateinamerikanische Soldaten in Aufstadbekämpfung, militärischem Geheimdienst und in Verhörtechniken ausgebildet. 1961 war der berüchtigte Terrorist Luis Posada Carriles einer ihrer Absolventen, 2009 waren es die militärischen Führungskräfte des Putsches in Honduras. Am 22. November, dem 20. Jahrestag des Massakers von 1989 an sechs Jesu-

tenpatres in El Salvador, demonstrierten Tausende für die Schließung der Schule der dafür Verantwortlichen. An der alljährlich organisierten Veranstaltung zum Gedenken an deren Opfer nahmen diesmal auch Mitglieder des „Internationalen Komitees für die Freiheit der Fünf“ teil, um die Sache der Fünf einzubringen. Sie stießen dort laut Nancy Kohn auf großes Interesse „für deren selbstlose Taten“ und auf große Bereitschaft, sich für deren Freilassung zu engagieren, s.: <http://www.miami5.de/informationen/freunde-091130.html>. Die Solidarität wächst!

Josie und Dirk Brüning

Impressum

Unsere Zeit (UZ) – Zeitung der DKP
ISSN 0943-4216

Herausgeber:

Parteiorganisator der DKP

Erscheint wöchentlich

Redaktion:

Wolfgang Teuber (02 01 / 17 78 89 14, Chefredakteur, v. i. S. d. P.), Dettel Deymann, Lothar Geisler, Nina Hager, Manfred Idler

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/innen die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 02 01 / 22 54 47

Internet: <http://www.unsere-zeit.de>

E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Verlag:

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Geschäftsführer: Lothar Geisler

Telefon: 02 01 / 24 86 42

Fax: 02 01 / 24 86 484

E-Mail: CommPress@aol.com

Druck: evert-druck medienservice GmbH, Neumünster

Anschrift von Verlag und Redaktion:

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Jahresbezugpreise:

Inland: 114,- Euro;

Ausland: 117,- Euro;

Ermäßigtes Abo: 65 Euro;

Förder-Abonnement: ab 150 Euro;

Streifenabbezug:

jeweils 20,- Euro/Jahr mehr

Kündigungsfrist: Mindestbezugszeit ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Bankverbindung:

Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Konto-Nr.: 417 099 507

Abo-Verwaltung

Pro-Abo-Service

Postfach 1407, 48237 Dülmen

Telefonisch: 02 01 / 24 86 482

Fax: 0 25 94 / 9 85 53

uzabo@t-online.de

Anzeigen:

Lothar Geisler

Telefon: 02 01 / 24 86 482

Fax: 02 01 / 24 86 484

E-Mail: CommPress@aol.com

Anzeigenschluss:

Nr. 51 vom 18. Dezember 2009

11. Dezember 2009

Nr. 52 vom 24. Dezember 2009

18. Dezember 2009

Die Spendenkonten des DKP-Parteiorganisator:

Für zentrale Arbeit, Pressefest und UZ: GLS Gemeinschaftsbank e. G. Bochum, BLZ 43060967, Konto-Nr. 4002487500 oder Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 80880505

Für internationale Solidarität: Postbank Köln, BLZ 37010050, Konto-Nr. 253525502